

Gemeinsam für Treptow-Köpenick



Grundwerte

Soziales und
Gesundheit

Wirtschaft und Arbeit

Familie und Bildung

Stadtentwicklung

Verwaltung und
lokale Demokratie

Politische Leitlinien für unseren Bezirk

„I have a dream ... Es gibt natürlich kein Paradies auf Erden. Die Politik kann auch nicht persönliches Leid aufnehmen. Aber der Traum von einer Gesellschaft, in der wir die Haustür offen lassen können, in der wir von anderen freundliche Antworten bekommen und ihnen auch freundlich begegnen, in der wir uns um andere kümmern, in der wir das Gefühl haben, wir fallen nicht hinten runter, wenn es mal schlecht geht, eine Gesellschaft, in der wir unsere Talente entfalten können, in der wir die vielfältige Kultur als Chance gelungener menschlicher Begegnung begreifen können und in der wir uns wohl fühlen, gebraucht werden und anerkannt sind – das wäre so ein Traum einer Gesellschaft, in der ich leben möchte und von der ich denke, dass die Sozialdemokratie sie erstreben sollte.“

Gesine Schwan, Rede zur 1. Sitzung der SPD-Programmkommission am 17. Juni 2004

Inhaltsverzeichnis

I. PRÄAMBEL.....	4
II. GRUNDWERTE DER SPD.....	4
GERECHTIGKEIT.....	4
SOLIDARITÄT.....	5
FRIEDEN.....	5
MENSCHENWÜRDE.....	5
III. DIE GRUNDWERTE ERGÄNZENDE PRINZIPIEN.....	5
DEMOKRATIE.....	5
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE.....	5
SUBSIDIARITÄT.....	6
CHANCENGLEICHHEIT.....	6
SOZIALE GERECHTIGKEIT.....	6
GENERATIONENGERECHTIGKEIT.....	7
ZIVILGESELLSCHAFT.....	7
KULTURELLE VIELFALT.....	7
NACHHALTIGKEIT.....	7
IV. SOZIALES UND GESUNDHEIT.....	8
SOZIALE SICHERUNG.....	8
GESUNDHEIT.....	8
V. WIRTSCHAFT UND ARBEIT.....	8
WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG.....	8
ARBEIT UND AUSBILDUNG.....	9
TOURISMUS.....	10
VI. FAMILIE UND BILDUNG.....	10
VII. FREIZEIT, KULTUR UND SPORT.....	12
KULTUR.....	12
SPORT.....	13
KINDER- UND JUGENDLICHE.....	13
SENIOREN.....	14
VIII. STADTENTWICKLUNG.....	14
UMWELT UND STADTPLANUNG.....	14
STÄRKUNG DER ORTSTEILE.....	14
MOBILITÄT UND VERKEHRSINFRASTRUKTUR.....	15
IX. VERWALTUNG UND LOKALE DEMOKRATIE.....	15
WIR SUCHEN DAS GESPRÄCH.....	17

I. Präambel

Was ist Gerechtigkeit? Welchen Wert hat Freiheit für uns? Was bedeuten für uns Solidarität, Frieden und Menschenwürde?

Wer hat sich nicht schon einmal diese Fragen gestellt, wollte darüber diskutieren – und vor allem dafür eintreten, eine solche Politik auch im Alltag umzusetzen. Die SPD Treptow-Köpenick will, die sozialdemokratischen Grundwerte in Form von Leitlinien auf unsere Verhältnisse im Bezirk übertragen und als praktische Handlungsanleitung nutzen. Frieden, Generationengerechtigkeit, Chancengleichheit, Gesellschaftliche Teilhabe, Nachhaltigkeit, Soziale Gerechtigkeit und Kulturelle Vielfalt sind nicht nur demokratische Ziele, die in dem neuen Hamburger Grundsatzprogramm der SPD verankert sind und auf Bundesebene erreicht werden müssen – jeder muss auch im Kleinen dafür eintreten. Sie bilden die Maxime unseres politischen Handelns und sind die Grundlage für die Politischen Leitlinien der SPD Treptow-Köpenick. Wir wollen mit diesem Papier zum Mitdiskutieren, aber auch zum Mitmachen anregen.

II. Grundwerte der SPD

Freiheit

Freiheit ist das große Versprechen der sozialdemokratischen Bewegungen überall auf der Welt und bleibt verpflichtender Maßstab für all unser Handeln.

Freiheit ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Wir wollen Freiheit von Unterdrückung, staatlicher Bevormundung, Not und sozialer Benachteiligung zur Verwirklichung der eigenen Lebensvorstellungen.

Verantwortung ist das Unterpfand der Freiheit. Wer Rechte hat, hat auch Pflichten. Nur wenn jeder Einzelne einen verantwortlichen Gebrauch von der Freiheit macht, sein Handeln vor der Gemeinschaft und den Mitmenschen verantwortet und für die Gemeinschaft und die Mitmenschen Verantwortung übernimmt, ist die größtmögliche Freiheit aller gesichert.

Wir Sozialdemokraten wollen Menschen stärken und Wege öffnen, damit alle die Chance haben, unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Alter, Lebensweise, Anschauung, religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit ihre Lebensperspektive und ihr Leben selbst zu bestimmen.

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist sowohl ein juristischer als auch ein moralischer Normenbegriff. Er bezeichnet den Grundsatz der Rechtsgleichheit für alle Menschen einer Gesellschaft und bezieht sich auf die Bürgerrechte, die individuellen Persönlichkeitsrechte und die sozialen Rechte. Besonders umstritten ist die Gleichrangigkeit der sozialen Rechte mit den anderen beiden Rechtsbereichen, da sie mit dem individuellen Recht auf Eigentumserwerb und Eigentumsschutz unvereinbar erscheint. Als sozialdemokratischer Grundwert umfasst Gerechtigkeit stets die Gleichrangigkeit aller drei Rechtsbereiche.

Gerechtigkeit durchdringt als Grundwert viele Bereiche der Gesellschaft und erscheint in der Politik in Teilgerechtigkeiten:

- Verteilungsgerechtigkeit von Einkommen, sozialen Gütern und Lasten zielt nicht auf die Schaffung gleicher materieller Lebensverhältnisse, unabhängig von den Leistungen des Einzelnen für die Gesellschaft, sondern auf die Sicherung vergleichbar menschenwürdiger unterschiedlicher Lebensbedingungen, die nicht nur materielle Gesichtspunkte umfassen.
- Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit

meint das Recht aller auf gleiche Bildungschancen, auf Zugang zu Kulturgütern und auf selbstbestimmte aktive Teilhabe an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Es ist wesentlich mit dem sozialen Recht auf Arbeit verbunden.

Gerechtigkeit gewinnt unter den vielfältigen arbeitsteiligen Verflechtungen von regionalen und transnationalen Markt- und Wettbewerbsbedingungen zunehmend eine globale Dimension, deren politische Gestaltung für unsere eigene gesellschaftliche Zukunftssicherung entscheidend sein wird.

Solidarität

Solidarität ist die freiwillige Bereitschaft, mit anderen für das gleiche Ziel zusammen zu arbeiten und füreinander Verantwortung zu übernehmen. Wir sind zu Solidarität bereit und fordern sie ein, weil wir wissen, dass Menschen einander brauchen. Ein menschenwürdiges Leben für alle verlangt, dass wir als Menschen füreinander eintreten und einander helfen, über das hinaus, was die Gesetze der Gerechtigkeit zwingend von uns verlangen.

Solidarität macht nicht vor Grenzen Halt. Insofern gilt sie für uns nicht nur auf nationaler Ebene, sondern international. Besonders verbunden sind wir dabei unseren europäischen Nachbarn. Wir bilden mit ihnen eine Einheit, in der Solidarität einen wichtigen Ursprung unseres Handelns darstellt.

Frieden

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet, dass jede/r das Recht hat, ohne Angst vor kriegerischer Auseinandersetzung und in Sicherheit zu leben. Frieden ist ein zerbrechliches Gut. Wir können ihn nur erhalten, wenn wir für eine gerechte Verteilung des Zugangs zu den natürlichen Ressourcen eintreten, wirtschaftliche Stabilität und stabile demokratische Gesellschaften sichern.

Wir treten dafür ein, dass bei allen Konflikten diplomatische, gewaltfreie und nichtmilitärische Möglichkeiten der Konfliktlösung ausgeschöpft werden.

Ein friedliches Zusammenleben, sei es zwischen Völkern, innerhalb eines Landes oder in der Familie, erfordert gegenseitiges Verständnis, Respekt und Toleranz. Wir treten der Androhung und Ausübung von körperlicher und psychischer Gewalt, extremistischem Gedankengut und Handeln, Rassismus, Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit konsequent entgegen.

Menschenwürde

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist die Pflicht aller staatlichen Gewalt. Für die Würde eines jeden Menschen zu arbeiten, sie zu erhalten und zu fördern ist Ausgangspunkt und Ziel unseres Handelns.

Damit erkennen wir an, dass jeder Mensch um seiner selbst Willen geachtet wird und ihm unveräußerliche Rechte zugesprochen werden. Es ist die Aufgabe von Staat und Gesellschaft, die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu ermöglichen und jedem gleichermaßen die dafür nötige politische, rechtliche, soziale und materielle Unterstützung zukommen zu lassen. Nur so können die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges Leben geschaffen werden.

III. Die Grundwerte ergänzende Prinzipien

Demokratie

Demokratie ist diejenige politische Ordnung, in deren Rahmen sich die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, aber auch die Sicherung der Menschenwürde dauerhaft und umfassend verwirklichen lassen. Sie ermöglicht eine legitime Form politischer Herrschaft, die durch gesellschaftliche Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung gekennzeichnet ist und am besten auf die Herausforderungen einer differenzierten, pluralistischen Gesellschaft reagieren kann. Dabei tragen nicht nur diejenigen, die durch Wahlen legitimiert sind das Volk zu vertreten, Verantwortung, vielmehr ist Demokratie eine Angelegenheit aller. Jede/r Bürger/in steht in der Pflicht, das politische Geschehen zu begleiten und sich an der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu beteiligen. Demokratie ist demnach nicht nur ein formeller Rechtsrahmen, sondern bedeutet auch eine Lebensform und eine bestimmte politische Kultur, deren Weiterentwicklung Ziel unserer Bemühungen sein muss.

Gesellschaftliche Teilhabe

Das Streben nach gesellschaftlicher Teilhabe erstreckt sich auf zahlreiche Bereiche des Lebens. Teilhabe ist vor allem ein Ausdruck für die Erfüllung der Bedürfnisse eines Individuums in einer Gemeinschaft. Sie kann ihren Ausdruck darin finden, dass jemand Arbeit oder Beschäftigung hat, sein Leben lang lernen kann, kulturelle Angebote nutzen oder sie auch selbst mit gestalten kann, aktiv oder passiv am Sport teilnehmen oder öffentliche

Verkehrsangebote nutzen kann. Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet, dass niemand aufgrund seines Alters, seines Vermögens, seines Geschlechts, seiner Anschauung oder einer Behinderung von diesen Angeboten ausgeschlossen werden darf. Gesellschaftliche Teilhabe muss auch durch Mitwirkung in Vereinen, Verbänden und Parteien ermöglicht werden. Gesellschaftliche Teilhabe ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen als mündige Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben teilnehmen und durch Wahlen, Abstimmungen und Befragungen über Gegenwart und Zukunft des Landes mitentscheiden können.

Betrachtet man gesellschaftliche Teilhabe als solchen Wert, muss man auch die Menschen dafür aktivieren, ihre Teilhabe selbst zu bestimmen, zu gestalten und auszubauen.

Subsidiarität

Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität, weil dadurch die Freiräume gewährleistet werden, derer es in einer pluralistischen Gesellschaft bedarf. Der Staat nimmt nur dann eine Aufgabe wahr, wenn sie nicht auch auf einer vorrangigen Ebene erfüllt werden kann. So sollen z.B. Maßnahmen und Entscheidungen, die eine Gemeinde betreffen und von ihr eigenständig bewältigt werden können, auch in der Gemeinde und nicht auf Landes- oder gar Bundesebene beschlossen und durchgeführt werden. Das gleiche Prinzip gilt auch den einzelnen Menschen. Zunächst ist jeder Mensch für sich selbst verantwortlich. Reichen seine Kräfte nicht aus, seine Verantwortung wahrzunehmen, hat er ein Anrecht auf unterstützende gesellschaftliche und/oder staatliche Hilfe. Diese soll jedoch so weit wie möglich als Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden.

Mit dem Prinzip der Subsidiarität wird die Selbstbestimmung der Bürger und Bürgerinnen gestärkt und die Eigenleistung der Einzelnen wie auch der Gemeinschaften, in denen sie leben (Familie, Gemeinde), gefördert. Was durch Initiative einzelner Verantwortungsgemeinschaften geregelt werden kann, soll und muss nicht durch Staatstätigkeit geregelt werden. In diesem Punkt verbindet sich das Subsidiaritätsprinzip mit dem Prinzip der Menschenrechte. Denn die Menschenrechte machen den einzelnen Menschen zum Ausgangspunkt und Verantwortungsträger sozialer Gestaltung.

Chancengleichheit

Chancengleichheit bezeichnet gleiche Startbedingungen für Individuen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, Religionszugehörigkeit, Kultur, Sprache, für Menschen unterschiedlichen Geschlechts und verschiedenen Alters, die ihre Bedürfnisse, Lebensstile und Optionen selbst bestimmen und zu natürlichen Ressourcen, Gütern und Positionen den gleichen Zugang haben. Sie ist somit eine der wichtigsten Konkretisierungen sozialer Gerechtigkeit und ständiger Impuls für Innovationen der Gesellschaft.

Chancengleichheit setzt die Anerkennung der Verschiedenheit von Menschen, ihrer unterschiedlichen Biografien, Lebensweisen sowie Befähigungen voraus und fördert die Entfaltung ihrer jeweiligen Lebensperspektiven.

Wir sehen Chancengleichheit in einem engen Zusammenhang mit Bildungschancen: Bildung eröffnet den Zugang zu Beruf und Einkommen, Teilhabe und sozialer Anerkennung. Dadurch verlieren Privilegien der Herkunft an Bedeutung. Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung – sowie während der Bildungszeit – ist demnach auch ein Maßstab für soziale Gerechtigkeit in einer demokratischen Gesellschaft.

Soziale Gerechtigkeit

Die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verlangen für jeden Menschen eine soziale Sicherung, die das Freisein von Not garantiert. Soziale Gerechtigkeit erfordert einen Ausgleich unter den Teilhabern einer Gesellschaft und somit eine besondere Verantwortung der Starken gegenüber Schwächeren. Für uns ist der Sozialstaat deshalb mehr als die Summe der Sicherungssysteme. Wir begreifen das in der Verfassung verankerte Sozialstaatsprinzip als ein tragendes Strukturelement unserer Demokratie und unseres Gemeinwesens. Kernstück unseres Selbstverständnisses ist die Verantwortung der Gesellschaft jedem Menschen ein notwendiges Maß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten, Menschen zu stärken, Lebenschancen zu eröffnen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen bei gleichzeitiger Bereitschaft jedes Menschen mit seinen Fähigkeiten die Gesellschaft mitzutragen.

Wir leben in einer Zeit, in der die Grundlagen unseres Wohlstandes verteidigt, neu organisiert und stabilisiert werden müssen. Wir setzen in einem erneuerten Sozialstaat auf Teilhabe und Eigenverantwortung.

Generationengerechtigkeit

Generationen unterscheiden sich heute schon durch wenige Jahrgänge mehr oder weniger deutlich voneinander. Entsprechend unterschiedlich können die Bedürfnisse einzelner Altersgruppen sein. Gerechtigkeit zwischen Generationen kann nur angestrebt werden, wenn diese unterschiedlichen Bedürfnisse erkannt und akzeptiert werden. Dasselbe gilt auch für kommende Generationen. Entscheidungen der Politik müssen auch unter dem Generationenaspekt betrachtet werden: welche Auswirkungen haben Beschlüsse auf die jetzigen Generationen und auf künftige. Damit wird deutlich, dass die Frage von Generationengerechtigkeit nicht nur auf Renten- und Gesundheitspolitik beschränkt ist, sondern sich auch auf alle anderen Politikfelder, angefangen mit Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik, bezieht.

Gerechtigkeit unter Generationen kann nur durch eine entsprechende Balance hergestellt werden bei der Auswirkungen von Entscheidungen auf alle Generationen möglichst gleich verteilt werden.

Zivilgesellschaft

Der Begriff der Zivilgesellschaft leitet sich aus unserem Verständnis von Solidarität ab. Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist angesichts von Individualisierungstendenzen in unserer Gesellschaft während der letzten Jahrzehnte ein wesentliches Element sozialdemokratischer Politik.

Der Rückgang sozialen Verhaltens und ein Mangel an Gemeinsinn und Solidarität sind in vielen Bereichen unserer Gesellschaft zu beobachten. Wir stehen für eine Erneuerung der staatsbürgerlichen Kultur, in der Staat und Zivilgesellschaft partnerschaftlich zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Förderung der Zivilgesellschaft bedeutet, Stadtviertel sozial und materiell wiederzubeleben. Wir wissen, dass klassische Formen von Bürgerbeteiligung und sozialer Tätigkeit an Anziehungskraft verloren haben. Daher benötigen wir zusätzliche Formen des Engagements für die Gemeinschaft und der Teilhabe an Entscheidungsprozessen.

Kulturelle Vielfalt

Kulturelle Vielfalt bezeichnet das Vorhandensein unterschiedlicher kultureller Identitäten und Ausdrucksformen innerhalb unserer Gesellschaft. Das Zusammentreffen unterschiedlicher Lebensweisen, Traditionen und Überzeugungen bietet für unsere pluralistische Gesellschaft Chancen und auch Risiken. Zum einen begünstigt kulturelle Vielfalt das kreative und innovative Potential einer Gesellschaft und kann durch interkulturellen Austausch, Offenheit und gegenseitiges Verständnis lehren. Zum anderen besteht jedoch die Gefahr gesellschaftlicher und politischer Spannungen, ausgelöst durch gegenseitiges Unverständnis, mangelhafte Interaktion und zunehmender Radikalisierung einzelner Gesellschaftsgruppen. Deshalb bleibt unsere Forderung bestehen, tolerant und respektvoll miteinander umzugehen. Dies bedeutet jedoch nicht, kritiklos wegzuschauen, wenn die Prinzipien unserer freiheitlichen-demokratischen Grundordnung missachtet oder bekämpft werden. Kulturelle Vielfalt bedarf deshalb immer beidem: tolerantem Zusammenleben und Bindung an die Rechtsordnung. Dem Staat kommt dabei die Rolle des Forderns und Förderns zu, indem er Rechtstreue einfordert und gleichzeitig dafür Sorge trägt, dass auch Minderheiten ihre kulturellen Lebensformen behaupten können.

Nachhaltigkeit

Der Begriff Nachhaltigkeit steht für eine zukunftsfähige Entwicklung der Welt (sustainable development), die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten der zukünftigen Generationen zu gefährden. Nachhaltigkeit ist ein Handlungsprinzip, das jede/n angeht. Zu nachhaltigem Handeln gehört es, die Folgen des eigenen Handelns für die zukünftige Entwicklung zu bedenken.

Für uns ist Nachhaltigkeit eine zentrale Zukunftsaufgabe. Sie erfordert die gleichrangige Verbindung von ökologischer Verträglichkeit, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Innovationskraft. Ökologie, soziale Gerechtigkeit und Ökonomie stehen in engem Zusammenhang und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unsere von den Herausforderungen der Globalisierung geprägte Zeit braucht eine Vision, die Menschen motiviert. Das Leitbild der Nachhaltigkeit kann Teil einer neuen internationalen Perspektive sein, um Stabilität und Interessenausgleich angesichts gravierender Herausforderungen zu sichern, indem sie Fortschritt möglich macht, den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert und den Menschen dauerhaft wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit gibt.

IV. Soziales und Gesundheit

Soziale Sicherung

Soziale Sicherung ist für uns ein Grundrecht. Der Sozialstaat ist gelebte gesamtgesellschaftliche Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen, den Nichtbehinderten und den Behinderten. Das Fundament des Sozialstaates ist auch in Zukunft die staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen sowie das Arbeitnehmerrecht. Sozialpolitik ist Querschnittsaufgabe. Wirtschafts- und Finanzpolitik sind so aufeinander abzustimmen, dass die Gesamtpolitik am Sozialstaatsgebot ausgerichtet ist. Sozialpolitik ist vorausschauend zu gestalten. Der Abbau der Arbeitslosigkeit, soziale Grundsicherung und Erziehungshilfen nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“, Gesundheitsschutz und ökologische Politik sind zentrale Aufgaben gestaltender Sozialpolitik in unserem Bezirk.

Hilfsbedürftige Menschen sind so zu unterstützen, dass sie baldmöglichst wieder zu einer eigenständigen und von staatlichen Leistungen unabhängigen Lebensführung in der Lage sind. Deshalb sind frühzeitige und zielgerichtete Beratungs- und Hilfsangebote von großer Bedeutung. Ein Abgleiten des einzelnen Menschen in eine dauerhafte Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen muss schon im Vorfeld verhindert werden.

Der Zugang zu Erwerbsarbeit und die Sicherung bestehender Erwerbsarbeitsverhältnisse sind die wichtigsten Faktoren zur eigenständigen Sicherung des Lebensstandards. Wir wollen, dass alle arbeitsfähigen Menschen eine Chance zur Erwerbsarbeit erhalten. Hierzu unterstützen wir die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre und wollen diese weiterentwickeln und so an die heutigen Gegebenheiten anpassen.

Hilfsangebote und Fördermaßnahmen wollen wir auf ihre Effizienz überprüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung sozialer Einrichtungen und Projekte mehr als bisher nach definierten Qualitätsstandards und Effizienzkriterien und unter Berücksichtigung einer regionalen und sozialraumorientierten Ausgewogenheit erfolgt.

Gesundheit

Ein vernünftiges Gesundheitssystem basiert auf einem umfassenden Gesundheitsbegriff körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens. Daher ist Vorsorge vorrangig. Die eigentlichen Ursachen zahlreicher Erkrankungen liegen im Lebens- und Arbeitsumfeld sowie in der Lebensführung. Wir setzen uns deshalb für eine ganzheitliche, wirkungsvolle Gesundheitsförderung und -aufklärung ein. Selbsthilfe ist ein unverzichtbarer Eckpfeiler der Gesundheitsförderung und Rehabilitation. Eine besondere Bedeutung hat die Einbeziehung des Bildungs- und Erziehungssystems, in dem möglichst früh gesundheitsbewusstes Verhalten gefördert werden muss. Der Grundstein für eine gesunde Lebensführung wird in den Familien, aber auch in den Kindereinrichtungen und Schulen gelegt. Prävention fängt schon im Kindesalter an. Daher setzen wir uns für verbindliche Vorsorgeuntersuchungen ein. Diese ärztliche Begleitung unserer Kinder muss sich auch im jugendlichen Alter fortsetzen. Dies ist für uns ein fundamentaler Baustein des vorsorgenden Sozialstaates.

Für alle Fragen rund um das Alter sollen Versorgung, Pflege und Dienstleistungen besser vernetzt und das Prinzip `ambulant vor stationär` verstärkt umgesetzt werden. Für eine Pflege zu Hause ist mehr ehrenamtliches Engagement erforderlich – dazu gehört die Schulung von Hilfskräften. Ebenso ist eine umfassende und unabhängige Beratung und Begleitung der Angehörigen elementar. Deshalb unterstützen wir den Aufbau eines umfassenden Netzwerkes von Pflegestützpunkten. Außerdem darf die Pflege und Betreuung in Heimen nicht vernachlässigt werden. Hier müssen bessere Kooperationsmöglichkeiten gefunden werden, damit mehr Fachärzte regelmäßig Heimbewohnerinnen und Heimbewohner betreuen.

Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Versorgungsangebot für kranke Menschen erhalten. Dabei ist es uns sehr wichtig, dass die Grundversorgung in Wohnortnähe erfolgt. Es gilt daher noch mehr als bisher, die ambulante und die stationäre Versorgung zu verzahnen. Dabei streben wir im ambulanten Bereich eine gute Versorgung in allen Fachbereichen durch niedergelassene Ärzte, vorzugsweise in Ärztehäusern, an. Die Krankenhäuser Köpenick und Hedwigshöhe müssen in ihrer Arbeitsfähigkeit erhalten werden.

V. Wirtschaft und Arbeit

Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

Ziel unserer Politik ist, dass die Wirtschaft ausreichende und qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Wir werden durch politische Entscheidungen entsprechende Rahmenbedingungen bereitstellen.

Unser Bezirk hat sich zu einem international bedeutsamen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiestandort entwickelt. Wesentliche Impulse gehen dabei von den Zentren Adlershof (WISTA, MediaCity, Humboldt-Universität zu Berlin, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Berlin Chemie AG), Oberschöneweide (Technologie- und Gründerzentrum Spreerknie, Neuansiedlung der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft), Alt-Treptow (Siemens AG Transportation Systems, Vattenfall AG, Allianz AG) und dem Innovationspark Wuhlheide aus. Wir werden diese positive Entwicklung weiterhin aktiv unterstützen. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auf den Auf- und Ausbau dieser Kompetenzzentren. Dort sollen Wissen und Handeln gebündelt werden, um die Potenziale für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze effektiv zu nutzen. Im Umkreis dieser „Leuchttürme“ verfügt der Bezirk Treptow-Köpenick aufgrund der vorausschauenden Politik der vergangenen Jahre über ausreichende Gewerbeflächen. Damit steht Betrieben, die expandieren oder sich neu ansiedeln, der notwendige Entwicklungsspielraum zur Verfügung. Zugleich ist damit eine Basis für die mittel- und langfristige Schaffung zahlreicher neuer, zukunftsorientierter Arbeitsplätze in unserem Bezirk gelegt.

Wir setzen uns dafür ein, unseren Bezirk als Industrie- und Gewerbestandort langfristig zu sichern und gleichzeitig Wissenschaft und Forschung zu stärken. Deshalb streben wir den Aufbau von Netzwerken an, die eine enge Zusammenarbeit von Unternehmen und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren ermöglichen. Eine besondere Aufgabe kommt daher der Wirtschaftsförderung zu.

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist eine ausreichende Verkehrsanbindung unabdingbar. Der Neubau der A 113, die geplante Verlängerung der A 100 bis zur Landsberger Allee, die Süd-Ost-Verbindung und der Weiterbau der Tangential-Verbindung Ost sind daher notwendige Verkehrsinfrastrukturprojekte. Eine besondere wirtschaftspolitische Bedeutung kommt zudem dem Flughafen Schönefeld zu. Rund um Schönefeld siedeln sich zahlreiche Firmen an, die eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze schaffen. Der Ausbau des Flughafens wird mehr als 10.000 weitere Arbeitsplätze in die Region bringen.

Trotz der begrenzten Finanzmittel des Bezirks werden wir dafür sorgen, dass es im Bereich öffentlicher Investitionen zu keinen Kürzungen kommt, damit Wirtschaft und Handwerk in Treptow-Köpenick eine gute Auftragslage behalten. Durch regelmäßige Gespräche mit den Unternehmern und durch Firmenbesuche hält die SPD Treptow-Köpenick einen engen Kontakt. Die Betriebe müssen die notwendige Unterstützung bei der Beantragung von behördlichen Genehmigungen erhalten.

Die individuellen Wünsche der Bürger/innen beim Einkaufen zeigen sich in dem vielfältigen Angebot, das Treptow-Köpenick in zunehmendem Maße aufweisen kann. Daher streben wir an, die Rahmenbedingungen der regionalen Zentren Bahnhofstraße und Zentrum Schöneweide weiter zu verbessern, um ihren Einzugsbereich zu erweitern und ihren Kund/innen einen attraktiveren Einkauf anzubieten und sie auch zum Verweilen einzuladen. Die Einkaufsstraßen in den Kiezen müssen für den „Naheinkauf“ erhalten bleiben.

Arbeit und Ausbildung

Wir setzen uns für die Schaffung zukunftsorientierter und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in Industrie, Wissenschaft und Forschung sowie im wachsenden Dienstleistungssektor ein. In unserem Bezirk sind in den vergangenen Jahren viele hochqualifizierte Arbeitsplätze entstanden. Wir wollen Existenzgründern in innovativen Branchen wie Informations- und Medientechnologie, Umwelt-, Bio- und Energietechnologie, Photonik und Optische Technologien u. ä. in unserem Bezirk gute Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Aber sie müssen hier auch gut ausgebildete Mitarbeiter/innen finden können.

Unser Hauptziel ist die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt, mit einem Lohn, von dem man bei Vollbeschäftigung leben kann. Trotz aller Anstrengungen werden aber auch zukünftig noch Arbeitsmöglichkeiten auf dem zweiten Arbeitsmarkt erforderlich sein. Daher treten wir für eine aktive Arbeitsmarktpolitik ein. Bei der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen müssen die bewährten Elemente der Qualifizierung und Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen in vollem Umfang in die neuen Strukturen eingebracht werden. Nur mit einer Gemeinschaftsanstrengung können diese Reformen im Sinne einer möglichst schnellen und wirksamen Eingliederung der betroffenen Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zum Erfolg geführt werden. Gemeinnützige Tätigkeiten bieten gute Chancen, Menschen neu zu motivieren und zu qualifizieren und gleichzeitig wichtige Projekte im Sinne einer guten sozialen Infrastruktur voranzubringen.

Damit Treptow-Köpenick seinen Bürger/innen ein lebenswerter Bezirk bleibt, muss er berufliche Perspektiven bieten. Dies gilt insbesondere für junge Menschen, deren Lebensperspektiven und Selbstwertgefühl stark von beruflichen Chancen, z.B. von einer guten beruflichen Ausbildung, abhängt. Nicht alle Jugendlichen erfüllen die Kriterien, die der Arbeitsmarkt und die Ausbildungsbetriebe an sie stellen. Deshalb unterstützen wir die Schaffung von Ausbildungs-Netzwerken wie dem Regionalen Ausbildungsverbund Treptow-Köpenick, in dem durch die Vernetzung von Schule und Wirtschaft die Schüler/innen besser auf Berufswahl und Arbeitsleben und die

damit verbundenen Anforderungen vorbereitet werden. Qualifikation ist der Schlüssel, lebenslanges Lernen der Weg zum Erfolg.

Um möglichst vielen Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden ein Angebot unterbreiten zu können, setzen wir uns dafür ein, dass alle Beteiligten, vom Land Berlin über den Bezirk Treptow-Köpenick, die Arbeitsagentur, die Kammern bis hin zu freien Trägern möglichst eng kooperieren und ihre Kompetenzen bündeln.

Tourismus

Die gute Lebensqualität und der hohe Freizeit- und Erholungswert des Bezirks Treptow-Köpenick müssen weiterhin gestärkt werden. Wir wollen, dass der Gesamtbezirk bzw. einzelne Ortsteile das Gütesiegel „Staatlich anerkannter Erholungsort“ erhalten. Dies wird dem hohen Stellenwert der auch für die Großstadt bedeutenden Erholungsräume im Bezirk gerecht und ist ein wichtiges Marketinginstrument für die Tourismusbranche.

Nur Regionen mit hoher Standortqualität werden international langfristig konkurrenzfähig bleiben. Die Zukunft des lokalen Tourismus in unserem Bezirk kann nur in einem „sanften“ oder besser: „nachhaltigen“ Tourismus liegen, der die Auswirkungen auf die ökonomische und soziokulturelle Entwicklung berücksichtigt. Die Förderung des Tourismus und das Ziel zum anerkannten Erholungsort zu werden, bedeutet, geeignete Einrichtungen und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen die touristische Entwicklung in unserem Bezirk auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- Stärkung der überregional bedeutenden Freizeit- und Erholungslandschaften wie z.B. Altstadt Köpenick mit dem Schloss, Müggelsee, Müggelberge und Müggelturm, FEZ, Treptower Park, Sowjetisches Ehrenmal und Plänterwald.
- Wassertourismus, Sport-, Rad- und Wandertourismus
- Tagungs- und Gesundheitstourismus
- Schutz von sensiblen Gebieten
- Sicherstellung und Förderung eines ausreichenden Angebotes an Unterkunftsmöglichkeiten und Gaststätten an touristischen Orten
- Sicherstellung, Erweiterung und Förderung touristischer Wegweisungen und Leitsysteme
- Ausbau der Uferwege für die Allgemeinheit
- Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Tourismusverein Treptow-Köpenick e.V.

VI. Familie und Bildung

Familien bilden eine wesentliche Grundlage für individuelle Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftliches Wachstum. Nachhaltige Familienpolitik muss daher die Bedingungen für das Leben mit Kindern verbessern. Dazu gehören sowohl finanzielle Leistungen als auch die Bereitstellung einer guten Infrastruktur, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein, denn Armut führt nicht nur zum Ausschluss von materieller Teilhabe, sondern birgt auch die Gefahr der Vernachlässigung und Verwahrlosung. Das breit angelegte Netzwerk Kinderschutz wirkt dem entgegen, indem es zum einen die Eingriffsmöglichkeiten des Staates verbessert, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger mit in die Verantwortung nimmt. Nachbarn und Lehrkräfte, Ärzte und Betreuer sind zu erhöhter Wachsamkeit und zur Zusammenarbeit mit den Jugendämtern aufgerufen, um schlimme Fehlentwicklungen zu verhindern. Grundsätzlich muss das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen.

Die Bekämpfung von Armut und insbesondere der Kinderarmut ist ein zentraler Baustein der Politik der SPD. Dabei steht für uns die Schlüsselrolle der Bildungspolitik an erster Stelle. Kinder und Familien werden am besten unterstützt, wenn Strukturen geschaffen werden, die allen Bildung und Teilhabe ermöglichen. Es ist das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik, durch erfolgreiche Bildungskarrieren Kindern zu ermöglichen, den Teufelskreis der Armut zu verlassen.

Die Erziehung der Kinder zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten ist zunächst die Aufgabe der Eltern. Durch gute Kinderbetreuungsangebote wollen wir Eltern die notwendige Unterstützung geben.

Bildung ist der Schlüssel für eine sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und kulturell vielfältige Gesellschaft. Bildung entscheidet maßgeblich über die Zukunft jedes Einzelnen. Die soziale Herkunft darf nicht den

Bildungsweg bestimmen. Bestmögliche Bildung zur persönlichen Entfaltung ist ein Menschenrecht und muss allen Menschen offen stehen. Bildung muss die Antwort auf die kulturellen Herausforderungen der modernen Gesellschaft sein. Internationaler Wettbewerb, unbegrenzte Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, veränderte Familienstrukturen, die Vielfalt der Lebensstile und Wertvorstellungen stellen erhöhte Anforderungen an die soziale Kompetenz. Die Erziehung zu Selbstständigkeit und gesundem Selbstbewusstsein, die Vermittlung von Werten und die Herausbildung von demokratischer und humaner Orientierung sind notwendig, um unsere moderne Gesellschaft weltoffen, stabil und mitmenschlich zu erhalten.

Um den öffentlichen Aufgaben besser gerecht zu werden, wollen wir eine Vernetzung zwischen den verschiedenen Einrichtungen, beispielsweise von Schulen und Kindergärten mit dem Jugendamt, befördern. So kann z.B. das Problem des Schulschwänzens leichter und effektiver gelöst werden.

Wir wollen:

- Bildung von Anfang an

Die Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen ist in Berlin vorbildlich. Jedes Kind bekommt entsprechend seines Bedarfs einen Platz. Im besten Fall sollen alle Kinder drei Jahre vor der Einschulung einen Kindergarten besuchen, um auf die Schule vorbereitet zu werden. Damit dies nicht an finanziellen Hürden scheitert, ist bereits jetzt das letzte Kindergartenjahr für die Eltern kostenfrei. Auch das erste und zweite Jahr wird bis 2011 entgeltfrei gestellt. Das vorschulische Bildungsprogramm legt insbesondere auf die Sprachförderung großen Wert. Der vorgeschriebene Sprachstandstest bei der Schulanmeldung überprüft ein Jahr vor der Einschulung nochmals die Sprachfähigkeit und verpflichtet bei festgestellten Defiziten zu Förderunterricht. Besonders in Migrantenfamilien sollte deshalb für den Kindergartenbesuch geworben werden.

- Alle teilhaben lassen

Viele Kinder bleiben über Mittag in der Schule und bekommen dort ein warmes Essen angeboten. Damit aus finanziellen Gründen kein Kind dem Essen fern bleibt, wird es bis auf einen Euro pro Essen subventioniert. Für Härtefälle, wo vorübergehend auch dieser Betrag nicht aufgebracht werden kann, haben alle Schulen ein Budget, um nach Bedarf zu helfen. Dasselbe Prinzip gilt auch für die Schulanfänger: Damit jedes Kind mit den notwendigen Lernmitteln ausgestattet ist, können die Schulen aus einem Härtefallfonds Zuschüsse geben. Grundsätzlich soll versucht werden, im Notfall zu helfen, um allen Kindern gleiche Chancen für ihre Entwicklung zu geben.

- Ganztagschulen ausbauen

Ganztagschulen sind am ehesten in der Lage, Bildungsbenachteiligung auszugleichen. Sie fördern Chancengleichheit, soziales Lernen und erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Berlin gehört bereits jetzt zu fast jeder Grundschule ein Hort, der Früh- und Nachmittagsbetreuung gewährleistet. Über 60 gebundene Ganztagsgrundschulen ermöglichen die Rhythmisierung des Unterrichts bis 16 Uhr. Um die großen Vorteile der Ganztagschule zu nutzen und die Stundenverdichtung der Schulzeitverkürzung aufzufangen, muss die Ganztagschule auch das Zukunftsmodell in den Oberschulen werden.

- Schulen als Lebensraum

Schulen sollen nicht nur Lernorte sein, die dem Zweck der Wissensvermittlung dienen. Wir wollen die Schulen zu ganzheitlichen Bildungsräumen umbauen, die für die jungen Menschen zu einem selbstverständlichen Teil ihres Lebens werden, ähnlich wie die Familie. In den Schulen sollen Freizeitinteressen ihren Platz finden, sei es Sport, Musik, Kunst, Theater und vieles mehr. Schulen sollen sich für die Einrichtungen der Umgebung wie Unternehmen, Kindergärten, Altenheime und Vereine öffnen. Schulen sollen lebendige Zentren in ihrem Kiez werden, wo Beratungen, Vorträge, Feste und Bibliotheken angeboten werden.

- Schulstrukturen zusammenführen

Entscheidend für den Bildungserfolg ist die individuelle Förderung des einzelnen Kindes. Gleichzeitig besteht jedoch die Gefahr, dass immer dann, wenn beim Übergang in die Oberschule von Eltern und Lehrkräften zukunftsrelevante Entscheidungen getroffen werden und Kinder aus bildungsfernen Schichten zurückbleiben. Um dem entgegenzuwirken, wird ab dem Schuljahr 2008/09 in Berlin die Pilotphase der Gemeinschaftsschule gestartet, in der alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse zusammen bleiben. Im Bezirk Treptow-Köpenick nehmen zwei Schulstandorte an dem Modell teil.

Parallel verliert die Hauptschule in Berlin an Zuspruch, in vielen Bundesländern ist sie schon abgeschafft. Wenn Hauptschulen und Realschulen kooperieren oder auch mit Gesamtschulen integrativ zusammenarbeiten, besteht die Chance, dass die Hauptschule in den anderen Schulformen aufgeht und ihr Stigma als Restschule verliert.

In unserem Bezirk gibt es die klassische Hauptschule nicht mehr. In Grünau befindet sich eine kombinierte Haupt- und Realschule in integrativer Form. In Oberschöneweide wird das Produktive Lernen in erheblichem Maße ausgebaut.

- Planungssicherheit geben

Schulstandorte sind für Eltern entscheidende Wohnortbedingungen. Über Jahre führte der Geburtenrückgang zu abnehmenden Schülerzahlen und der Schließung von Schulen und Kindergärten. Gerade für die Schulanfänger wollen wir aber wohnortnahe Grundschulen erhalten, soweit das wirtschaftlich vertretbar ist. Durch die Profilierung der einzelnen Schulen mit einem speziellen Schulprogramm, das die Eltern bevorzugen, ist wiederum die Schülerzahl in den Einzugsbereichen nicht mehr so einfach kalkulierbar. Dennoch muss langfristig geklärt werden, welche Schulstandorte erhalten bleiben, schon um die notwendigen Investitionen für die Ausstattung sinnvoll anzulegen.

- Qualität steigern

Wenn die Schülerinnen und Schüler die Schule verlassen, müssen sie mit dem, was sie gelernt haben, an den Ausbildungsplätzen, an den Hochschulen, im Berufsleben mit anderen konkurrieren, zunehmend auch auf internationaler Ebene. Hier zeigt sich dann die Qualität der genossenen Schulbildung. Nach den enttäuschenden Ergebnissen der PISA-Studie wurden in der Berliner Schule grundlegende Reformen durchgeführt, mit dem Ziel, die Ergebnisse zu verbessern. Dazu gehört die Verständigung auf Bildungsstandards, die Einführung von Vergleichsarbeiten und zentralen Prüfungen, die Stärkung der Eigenverantwortung der einzelnen Schule, die Entwicklung von Bildungsprogrammen und Schulprofilen, die Senkung der Klassenstärke in Schulen mit hohem Anteil von Migranten.

Unbefriedigend ist immer noch, dass durchschnittlich 12 Prozent die Schule ohne Abschluss verlassen (bei den Schülern mit Migrations-Hintergrund sind es bis zu 40 Prozent) und damit von vorneherein kaum Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben.

Dazu kommt, dass ein hoher Prozentsatz der Jugendlichen als nicht ausbildungsfähig gilt und fast ein Drittel der Azubis die Lehre abbrechen. Der Hintergrund dieses Problems sind unter anderem fehlende Basiskompetenzen (Rechnen, Schreiben, Lesen), Sprachprobleme und Verhaltensdefizite. Ziel unserer Schulpolitik ist es, diese Mängel zu beheben.

- Ausbildung modernisieren

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Alle Jugendlichen haben das Recht auf Ausbildung, aber nicht immer die notwendige Voraussetzung. Daher sollte die allgemeine Bildung stärker mit der beruflichen Bildung verknüpft werden, um rechtzeitig auf Berufswahl und berufliche Anforderungen vorzubereiten. Ein Schritt in diese Richtung ist eine stärkere Verzahnung durch Betriebspraktika, Projektarbeiten, Patenschaften u. ä. Auch für Jugendliche, die den hohen Anforderungen eines Ausbildungsberufs nicht gewachsen sind, muss ein Ausbildungsabschluss mit geringeren Anforderungen vorgesehen werden, damit auch sie eine berufliche Perspektive haben.

- Lebenslanges Lernen,

denn es dient der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der persönlichen Kompetenzen, die für die Gestaltung der Gesellschaft und für die Bewältigung des Strukturwandels unabdingbar sind. Qualifizierung gewinnt angesichts des demographischen Wandels an Bedeutung und alle Bildungseinrichtungen müssen darauf vorbereitet sein. Das breite und gute Angebot der bezirklichen Volkshochschulen muss erhalten bleiben und weiterentwickelt werden.

VII. Freizeit, Kultur und Sport

Kultur

Erst durch Kultur entfaltet der Mensch seine soziale Natur. Bildende und darstellende Kunst, Musik und Literatur auf seine Sinne wirken zu lassen und dadurch Wertvorstellungen zu bilden vermag nur der Mensch. Kultur erfüllt wichtige Lebensaufgaben für Menschen z.B. als Ausgleich zur Arbeit, oder durch die Möglichkeit zur Selbstentfaltung und -betätigung. Kultur aktiviert das Fühlen und Denken, ermöglicht Kommunikation und Identifikation mit dem gesellschaftlichen Umfeld. Kultur ist für uns unentbehrlich. Vor dem Hintergrund der Umwälzungen in der Industriegesellschaft hat Kultur eine besondere Bedeutung für ihre individuelle Lebensgestaltung und die Gestaltung des sozialen Zusammenlebens in der Gesellschaft.

Kulturangebote in Ortsteilen müssen unterstützt werden, so dass eine möglichst flächendeckende kulturelle Grundversorgung besteht. Dabei hat sich die Einrichtung von Bürger- und Kulturzentren, wie die „Alte Schule“, Adlershof, als vorteilhaft erwiesen. Die Kultureinrichtungen wurden weitgehend an freie Träger übergeben, so dass sich der Bezirk vom Produzenten und Programmanbieter zum Gewährleister entwickelt hat. Auf diese Weise können mit begrenzten finanziellen Mitteln die Kernbereiche des Kulturangebots erhalten werden. Eine Projektförderung, die auch auf die Effizienz achtet ist dabei ebenso notwendig, wie die Förderung ehrenamtlicher Kulturarbeit. Zusätzlich müssen weitere Partner für die Kultur gewonnen werden. Da Kultur auch ein Standortfaktor ist, müssen verstärkt Wege gefunden werden, damit Bezirk und Wirtschaftsunternehmen Angebote gemeinsam sichern helfen können. Mitunter kann es auch ausreichen, Räume zur Verfügung zu stellen oder Sachmittel anzubieten.

Zur Förderung der Lesekultur ist die Erhaltung eines leistungsfähigen Bibliotheksangebots wichtig. Durch den Umzug von Bibliotheken in bezirkseigene Objekte, wie z. B. Schulen, können deutliche Kosteneinsparungen erzielt werden.

Für die kommunale Kulturförderung im Bezirk gilt auch in Zukunft, dass sie sich ohne eine gesetzliche Pflichtaufgabe zu sein, als „politische Pflichtaufgabe“ versteht.

Sport

Treptow-Köpenick ist ein Sportbezirk mit einer beachtlichen Vereinsdichte, hohen Mitgliederzahlen und überdurchschnittlich vielen Sportstätten. Dadurch können alle Arten von Sport ausgeübt werden: Breitensport, Leistungssport und Gesundheitssport. Trotz knapper finanzieller Mittel sind uns die intensiven Vereinsaktivitäten im Sportbereich wichtig und müssen erhalten werden. Kinder und Jugendliche müssen stärker als bisher für eine aktive Mitwirkung in den Sportvereinen begeistert werden, um auch zukünftig ein aktives Vereinsleben zu gewährleisten. Dazu ist es erforderlich, ergänzend zu bestehenden Angeboten vor allem auf diese Zielgruppe zugeschnittene Trendsportarten anzubieten. Vereine und Schulen sollten zusammenarbeiten, um Synergieeffekte nutzen zu können. Auch hier ist es Aufgabe der Politik, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, um weiterhin finanzierbar flächendeckenden Breitensport in Treptow-Köpenick anbieten zu können. Für Sportanlagen, wie z. B. Schwimmhallen, müssen private Finanzierungen ermöglicht werden, ehrenamtliche Tätigkeit muss weiter gestärkt werden und Sportvereine müssen als „Unternehmen“ gleichermaßen Solidargemeinschaft und Dienstleister sein. Die Freibäder und Schwimmhallen in unserem Bezirk müssen erhalten bleiben und die Öffnung muss gewährleistet sein.

Der traditionelle Sportstandort Treptow-Köpenick ist Heimat für viele Spitzensportler. Damit dies auch zukünftig so bleibt, setzen wir uns für gute Rahmenbedingungen des Leistungssports ein. Daher muss die „Alte Försterei“ zu einer modernen Sportstätte ausgebaut werden und die Olympiaregattastrecke Grünau Zentrum des Wassersports bleiben. Sport kann sich für Treptow-Köpenick zu einem wichtigen weichen Standortfaktor entwickeln.

Kinder- und Jugendliche

Wir alle haben der jungen Generation gegenüber eine besondere Verantwortung. Politik und Gesellschaft müssen Mütter und Väter dabei unterstützen, Kinder zu gesunden, engagierten und verantwortungsbewussten Menschen zu erziehen. Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass auch Kinder und Jugendliche Staatsbürger sind und ein Recht auf den Schutz ihrer Persönlichkeit haben. Das Elternrecht darf deshalb nicht dem Kindeswohl übergeordnet sein und die Entwicklung junger Menschen einschränken bzw. behindern. Neben den Möglichkeiten der sportlichen Betätigung in Schulen und Sportvereinen, auf wohnungsnahen Bolz-, Sport- und Spielplätzen, ist die geistige und kulturelle Entwicklung besonders wichtig. Das erfordert ein gut ausgebautes Bibliotheksnetz, ein umfassendes Volkshochschulangebot, den Erhalt der Musik- und der Jugendkunstschule. Wir wollen die enge Zusammenarbeit der Musikschulen, Sportvereine und anderer freier Träger der Kinder- und Jugendarbeit mit Schulen und Kindergärten fördern, um auch diejenigen zu erreichen, deren Familien nicht selbst aktiv werden.

In der Jugendpolitik kann es aber nicht nur darum gehen, staatliche Angebote für Jugendliche vorzuhalten, auch selbstverwaltete Jugendprojekte und -initiativen müssen ermöglicht und unterstützt werden. Kommunale Unterstützung kann es nur geben, wenn bestehende Qualitätsstandards erfüllt und eine weitere Qualitätsentwicklung gewährleistet werden.

Nur wenn wir unseren Kindern ausreichende Zukunftschancen ermöglichen, können wir sie von extremistischem Gedankengut und Kriminalität fernhalten. Eltern, soziale Einrichtungen, Verwaltung und Politik müssen für das Heranwachsen der Kinder zu durchsetzungsfähigen, streitbaren und toleranten Menschen, die offensiv für den Erhalt unseres demokratischen Wertesystems eintreten, zusammenarbeiten.

Senioren

Unsere Gesellschaft wird, wie alle Industriegesellschaften, immer älter. Gleichzeitig fühlen sich alte Menschen zunehmend ausgeschlossen und diskriminiert. Wir können aber auf das Engagement, das Wissen und die Arbeitskraft der älteren Generation für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht verzichten.

Für eine aktive Teilhabe älterer Generationen am gesellschaftlichen Leben müssen vielfältige sportliche und kulturelle und geistige Angebote bestehen. Auch in der Stadtplanung müssen die besonderen Belange der Seniorinnen und Senioren Berücksichtigung finden.

Politik muss dafür Sorge tragen, dass alte Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten sozialen Umfeld leben können. Dazu tragen gut ausgebaute ambulante Alten- und Pflegedienste bei. Seniorinnen und Senioren müssen durch ein gutes Beratungs- und Hilfesystem kompetent und unkompliziert benötigte Unterstützung erhalten können. Eine Ehrenamtsbörse für altersgerechte Dienstleistungen sollte aufgebaut werden.

VIII. Stadtentwicklung

Umwelt und Stadtplanung

Eine intakte Umwelt ist die Basis für das Leben und das höchste von uns zu bewahrende Gut. Unser Bezirk ist als eine der „grünen Adressen Berlins“ bekannt. Die vielfältigen Naturräume Treptow-Köpenicks sind wichtig für Berlin und haben eine große Bedeutung als Freizeit- und Erholungsgebiete.

Zudem ist Treptow-Köpenick ein wichtiger Wohn- und Beschäftigungsstandort. Dies führt automatisch zu Nutzungskonflikten. Wir wollen mit ganzheitlichen Planungsansätzen die Vielfalt in unserem Bezirk bewahren. Durch Flächenverdichtung in den Siedlungsgebieten soll die Versiegelung von Freiflächen vermieden werden. Weitere ganzheitliche Planungsansätze sind beispielsweise eine

- umweltgerechte Raum- und Landschaftsplanung,
- flächensparende Bodennutzung (Nutzungsmischung, Bodenmanagement, Brachflächenvermeidung, Revitalisierung, Behutsame Stadt- und Ortsteilsanierung, Stadtumbau),
- Ressourcenschonende Bauweise,
- Stadtökologie (Altlastenbeseitigung, Luftreinhaltung, Lärmvermeidung und -verringerung),
- Denkmalpflege und Denkmalschutz,
- Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung (Lokale Agenda 21, Quartiersmanagement, Bewohnerinformation, Mitsprache bei der Gestaltung von Spielplätzen, etc.).

Stärkung der Ortsteile

Unser Bezirk weist eine gut entwickelte Infrastruktur und eine gute, entspannte Wohnsituation auf. Wir wollen eine sozial gemischte und generationengerechte Struktur in den Ortsteilen erhalten und weiterentwickeln. Die Ortsteile sollen zu Kiezzentren entwickelt werden, in denen die Menschen gerne wohnen, arbeiten und sich erholen. Mischnutzung soll erhalten und gefördert werden. Wir möchten die Möglichkeiten anbieten, dass sich die Bewohner/innen bei der Entwicklung ihrer Ortsteilzentren einbringen können und wollen neue Beteiligungsformen unterstützen.

Wir wollen die städtebauliche Eigenständigkeit der unterschiedlich geprägten Ortsteile, wie z.B. die Dorfstruktur Wilhelmshagens, den Stadtrandcharakter Adlershofs, das Altstadtflair Köpenicks oder innerstädtische Struktur Alt-Treptows, in ihrer Eigenart und ihrem Charakter stärken und weiterentwickeln.

Die Siedlungsstruktur im Bezirk ist von vielen Zeitepochen, ausgehend von Ortskernen aus dem Mittelalter, Gründerzeitvierteln, dem Neuen Bauen der 20er/30er Jahre, der DDR-Siedlungspolitik bis zur Siedlungsentwicklung der heutigen Moderne, geprägt. Diese Siedlungsvielfalt soll erhalten bleiben und weiterhin durch entsprechende stadtplanerische Instrumente geschützt werden (Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen, Sanierungsgebiete, Ensemble- und Denkmalschutz, Denkmalpflege). Neuansiedlungen müssen mit der vorhandenen Siedlungsstruktur harmonieren. Eine Ausnahme bildet das Entwicklungsgebiet Adlershof, das zu einem Wirtschafts-, Wissenschafts- und Medienstandort mit eigenständigem Charakter entwickelt wird. Die Ansiedlung weiterer Einzelhandelsflächen auf dem Wista-Gelände soll hinsichtlich ihrer Verträglichkeit mit den benachbarten Siedlungsgebieten kritisch geprüft werden.

Die Ansiedlung von überregional bedeutenden Kunst- und Kultureinrichtungen wird von uns insbesondere in der Altstadt Köpenick, in Oberschöneweide und in Alt-Treptow gefördert. Die spezifischen Besonderheiten der Bahnhofstraße, Dörpfeldstraße, Baumschulenstraße, Wilhelminenhofstraße, Bölschestraße und Karl-Kunger-Straße wollen wir in ihrer Eigenart erhalten und fördern. Die Attraktivität der Einkaufsstraßen kann bspw. durch die Schaffung von Marktflächen, Leerstandsmanagement, Verkehrsberuhigung und das Angebot kultureller Veranstaltungen gesteigert werden.

Großflächiger Einzelhandel bzw. Einkaufszentren sind dort anzusiedeln, wo sie städtebaulich verträglich und planerisch gewollt sind. Im Bezirk sind vorrangig die Zentren am Bahnhof Schöneweide und Köpenick zu entwickeln. Auf der Grundlage einer Einzelhandelskonzeption muss der Bezirk weitere Ansiedlungen von Einkaufszentren steuern.

Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Mobilität ist ein menschliches Grundbedürfnis, das der Verknüpfung von Lebensbereichen und Aktivitäten dient. Neben wirtschaftlichen und beruflichen Aspekten ist es vor allem der Wunsch nach individueller Lebensgestaltung, der die Mobilität erfordert.

Um den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen gerecht zu werden sowie zum Erhalt und Ausbau des Wirtschaftsstandortes setzen wir uns für eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ein. Wir sind für den Flughafen Schönefeld als alleinigen Standort für den Hauptstadtflughafen und für die Autobahnverbindung zum Flughafen über die Verlängerung der A 100 bis zur Landsberger Allee. Wir wollen die Voraussetzungen für flüssigen Verkehr durch Verkehrslenkung und Straßenausbau dort schaffen, wo es sinnvoll und nötig ist (z. B. den Umbau der Grünauer Schleife zur Verkürzung der Fahrwege, Verkehrskonzept Altstadt Köpenick). Es ist uns dabei ein wichtiges Anliegen, die Belange von Mensch, Tier, Natur und Umwelt zu berücksichtigen.

Um die Stadtteilzentren vom Durchgangsverkehr zu entlasten, wollen wir Ortsteilumgehungen unterstützen, insbesondere die Spreebrücke/Süd-Ost-Verbindung, die Tangentialverbindung Ost mit ihrer Weiterführung nach Norden und die Ost-West-Trasse. In den Kiezzentren brauchen wir verkehrsberuhigende Maßnahmen, um Sicherheit und Lebensqualität in den Wohngebieten zu erhöhen bspw. in Oberschöneweide/ Edisonstraße, und in den Ortsteilen entlang der Straße Am Treptower Park bis zum Adlergestell und in Bohnsdorf in der Waltersdorfer Straße. Ein Schwerpunkt ist die Stärkung und Privilegierung des Umweltverbundes aus Fuß-, Rad- und Öffentlichem Verkehr (Vorrangschaltung der Straßenbahn, Busspuren, Verbesserung der Querungsmöglichkeiten in den Einkaufsstraßen, Verkehrssicherheitsmaßnahmen insbesondere auf Schulwegen).

Straßen, die vom Verkehr entlastet werden, sollen durch verkehrslenkende und -beruhigende Maßnahmen zurückgestuft werden wie bspw. das Adlergestell nach der Fertigstellung der A 113 und die Puschkinallee nach Fertigstellung der A 100 bis zur Straße Am Treptower Park. Für uns haben Maßnahmen zur Verkehrssicherheit, Verkehrsvermeidung, Verkehrsberuhigung und Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel eine hohe Bedeutung. Wir wollen eine bessere Vernetzung zwischen dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr (Park & Ride, Bike & Ride) erreichen. Wir setzen uns für ein zusammenhängendes Radwegenetz ein, damit möglichst viele Strecken mit dem Rad bewältigt werden können und das Radfahren sicher ist.

Ein zuverlässiger, flächendeckender, schneller, flexibler und kostengünstiger öffentlicher Personennahverkehr, der auch die siedlungsschwächeren Gebiete (ggf. mit Rufbussen und/oder Anruf-Sammeltaxen) und den Stadtrand versorgt, ist wichtig. Der Personennahverkehr zum und vom Bahnhof Schönefeld muss an den Flughafen und an die Bahn in dichter Taktfolge angebunden sein. Wir halten eine dezentrale Verkehrsanbindung für den regionalen Bahnverkehr für sinnvoll und wollen daher den Erhalt der Bahnhöfe Schönefeld, Schöneweide und Königs Wusterhausen und der Ausbau des Bahnhofes Köpenick. Der Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr und zu den regional- und Fernbahnhöfen muss barrierefrei gestaltet werden.

IX. Verwaltung und Lokale Demokratie

Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung und die gemeinschaftliche Selbststeuerung stärken, denn sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern am ehesten die Möglichkeit, sich unmittelbar zu engagieren, sich zu vernetzen und zusammen mit anderen an der Gestaltung der Lebensbedingungen vor Ort mitzuwirken. Entscheidend dabei ist, dass sich ein fruchtbares Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ergibt, das den wechselseitigen Austausch, das wechselseitige Vertrauen und die wechselseitige Unterstützung fördert.

Die wichtigsten Ziele sozialdemokratischer Politik sind für uns:

- Erhöhung des Handlungsspielraumes und der Leistungsfähigkeit von Politik und Verwaltung

Dazu werden wir uns auf Landesebene für die Stärkung der Bezirke und ein Höchstmaß an kommunaler Selbstverwaltung einzusetzen. Bezirkseigene Aufgaben und Entscheidungen müssen eigenverantwortlich durchgeführt und getroffen werden, um das Wissen und die Erfahrung lokaler Akteure besser nutzen und den spezifischen Anforderungen besser gerecht zu werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich mit zunehmender Verantwortlichkeit auch die finanzielle Ausstattung der Bezirke bessern muss.

Ein Mehr an frei verfügbaren Finanzmitteln kann nur durch eine überlegte Konsolidierungs- und eine aktive Standortpolitik erreicht werden. Entscheidend dabei ist, dass positive Anreize für die Bezirke geschaffen werden, einerseits an der Kostensenkung und andererseits an der Aufwertung ihres Wirtschaftsstandortes zu arbeiten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Bezirke an ihren Einsparerfolgen und der von ihnen erzielten Verbesserung des Steueraufkommens zu beteiligen.

Die Verwaltung muss modernisiert werden, um ihren Wirkungsgrad zu erhöhen und um Gelder und personelle Ressourcen für wichtigere Aufgaben freizusetzen. Im Zuge der betriebswirtschaftlichen Neuausrichtung werden IT-gestützte Informations- und Kennzahlensystemen (Controlling) gebraucht, die sowohl die innerbehördliche Steuerung als auch die Kontrolle des Verwaltungshandelns durch die Bezirksverordnetenversammlung verbessern. Um Politik und Verwaltung zu entlasten, bedarf es einerseits der Neubewertung der bezirklichen Aufgabenstellung und andererseits der Prüfung weiterer Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit freien Trägern und privaten Dienstleistungsanbietern wie auch mit gemeinnützigen Organisationen des Dritten Sektors.

- Verwirklichung einer bürgernahen und bürgerfreundlichen Verwaltung

Verstärkte Orientierung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern ist der Anspruch an eine moderne Verwaltung. Das sind vor allem eine gute Erreichbarkeit der Verwaltungen, das Erledigen verschiedenster Anliegen an einem Ort, kundenfreundliche Öffnungszeiten, kompetente und freundliche Beratung, schnelle Bearbeitung und kurze Wartezeiten. Die mit der Bildung der Bürger- und Ordnungsämter bereits begonnene Verbesserung und Bündelung der Verwaltungsaufgaben muss weiterhin durch eine zur Aufgabenerfüllung erforderliche Schulung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, eine Ausstattung der Arbeitsplätze mit entsprechender Technik sowie effektive Gestaltung der Arbeitsabläufe konsolidiert und durch eine sinnvolle Erweiterung des Angebots weiter vorangetrieben werden.

Dazu gehört es ebenfalls, Geschäftsabläufe mittels elektronischer Informations- und Kommunikationstechniken erledigen zu können (E-Government).

- Erleichterung des Zugangs zu Informationen lokalpolitischer Relevanz für die Bürger und umfassendere Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen

Die Akzeptanz, Bestandskraft und Umsetzbarkeit lokalpolitischer Entscheidungen hängt entscheidend davon ab, inwieweit sie von den Bürgerinnen und Bürgern nachvollzogen, mit gestaltet und getragen werden können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Abläufe in Politik und Verwaltung transparent zu gestalten, zeitnah abzubilden und es den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, jederzeit und ohne großen Aufwand auf alle relevanten Informationen zugreifen zu können. Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger Treptow-Köpenicks frühzeitig in Planungs- und Entscheidungsfindungsprozesse einbeziehen.

Wir wollen darüber hinaus neue Formen der Bürgerbeteiligung entwickeln und einzuführen.

- Stärkung der lokalen Gemeinschaft und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements

Das lokale Gemeinwesen ist das konkrete Lebensumfeld der Menschen, in dem sie aufwachsen, einander begegnen, sich austauschen und interagieren. Unser Anliegen ist es deshalb, diese lokale Gemeinschaft und ihre Identität zu stärken und die Möglichkeiten gemeinschaftlichen Handelns zu verbessern. Wir wollen die Menschen darin bestärken, sich zu engagieren und ihre Ansichten, Fähigkeiten und Erfahrungen zur Lösung kommunaler Probleme einzubringen.

Wir wollen eine Freiwilligenagentur einrichten, die als Anlauf-, Informations- und Koordinationsstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger, engagierte Vereine, Initiativen und Wohlfahrtsverbände fungiert. Aufgabe der Freiwilligenagentur wird vor allem die Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements und die Aktivierung von Menschen sein, die sich, im Gegensatz zum traditionellen Ehrenamt, eher flexibel und ohne langfristige Bindung engagieren wollen.

- Förderung nachhaltigen, langfristig orientierten Denkens, das die komplexen sozialen, ökonomischen und ökologischen Wechselbeziehungen moderner Gesellschaften berücksichtigt

Um ganzheitliche Denken zu fördern, kann auf die bereits erfolgte Vorarbeit in Form des Beschlusses zur Lokalen Agenda 21 zurückgegriffen werden. Aufgabe von Politik und Verwaltung muss es sein, die dort gefassten Entschlüsse den Menschen zu vermitteln und bei der täglichen Arbeit zu berücksichtigen. Dabei muss weiterhin darauf geachtet werden, auch lokale Organisationen in den Umsetzungs- und Informationsprozess einzubeziehen.

Angesichts des immensen Schuldenstandes des Landes Berlin sehen wir es als unsere Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen an, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung intensiv am Abbau dieser finanziellen Belastungen zu arbeiten und die landespolitischen Bemühungen auch auf der lokalen Ebene zu unterstützen.

- Von Treptow-Köpenick nach Eisenhüttenstadt – Zusammenarbeit mit Brandenburg als Chance

Genauso wenig wie es Zollgrenzen und Schlagbäume zwischen den Berliner Bezirken gibt, genauso wenig gibt es sie zu den Umlandregionen. Wir streben eine Zusammenarbeit des Bezirks Treptow-Köpenick sowohl mit den Nachbarbezirken wie auch mit den umliegenden Landkreisen an.

Aber es müssen nicht nur „notwendigerweise“ Straßenbauvorhaben und Instandhaltungsarbeiten abgestimmt werden – Zusammenarbeit ist nicht nur Pflicht. Intensive Kontakte zu den Nachbarbezirken Berlins und den Brandenburger Nachbarn bieten Chancen für eine starke Süd-Ost-Region Berlins bzw. eine starke Mitte Brandenburgs. In unmittelbarer Nachbarschaft können sich Kultureinrichtungen gegenseitig befruchten und Bildungseinrichtungen wie beispielsweise Volkshochschulen ergänzen. Daher wollen wir die bestehenden Kontakte und Kooperationen weiter ausbauen.

Für die gesamte Region sind die wirtschaftliche und touristische Entwicklung von entscheidender Bedeutung – gemeinsame Konzepte müssen hier nicht nur ausgearbeitet, sondern auch intensiver verfolgt werden. Kommunale Nachbarschaftsforen und Regionalgespräche zwischen den verschiedenen Akteuren aus Verwaltung und Wirtschaft müssen ausgebaut werden. Hier müssen die Stadt-Umland-Planungen und die Flughafenumfeldentwicklung diskutiert und koordiniert werden. Eine Fusion von Berlin und Brandenburg kann und muss von „unten“ kommen. Treptow-Köpenick kann dafür heute schon seinen Beitrag leisten.

- Verteidigung der Demokratie: Wehret den Anfängen

Wir stehen für die Demokratie als unsere Gesellschafts- und Umgangsform und verteidigen sie, wo immer es nötig ist. Die NPD hat ihre Parteizentrale in unserem Bezirk. Wir unterstützen daher die Arbeit des „Zentrums für Demokratie“ und die des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aber auch andere Initiativen gegen Rechtsextremismus. Es ist uns wichtig, ein Gegengewicht zu extremistischen Bestrebungen jeglicher Couleur zu schaffen und zur Festigung und Stärkung unserer Demokratie politische Bildungsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber für Jugendliche, anzubieten.

Wir suchen das Gespräch

Diese Broschüre zeigt die Grundwerte und Leitlinien sozialdemokratischer Politik im Bezirk Treptow-Köpenick auf. Auf der Basis dieser Grundwerte und Leitlinien werden unsere Wahlprogramme und Konzepte erarbeitet, die konkrete Umsetzungsschritte benennen und erläutern.

Mit diesen Leitlinien wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Unternehmen und Organisationen unseres Bezirks in intensive Gespräche eintreten.

Wir laden Sie ein, sich aktiv an der Diskussion über die Zukunft unseres Bezirks Treptow-Köpenick zu beteiligen.

Impressum:

SPD Treptow-Köpenick

Bürgerbüro: Grünauer Straße 8, 12557 Berlin

Bürgersprechstunden mit unseren Politikern aus dem Abgeordnetenhaus
und der Bezirksverordnetenversammlung immer dienstags 16-18 Uhr sowie nach Vereinbarung

Tel.: 6549 62 04, E-Mail: gabriele.schmitz@spd.de

Web: www.spd-treptow-koepenick.de

